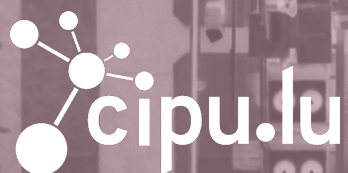




Die Produktive Stadt



Dokumentation des CIPU-Workshops
am 18. Oktober 2023 in Luxemburg-Stadt



Die dritte Konvention zur „Cellule Nationale d’Information pour la Politique Urbaine“ (CIPU) mit einer Laufzeit von 2022 bis 2026 wurde unterzeichnet von:

- » Ministère du Logement et de l’Aménagement du territoire,
- » Ministère des Affaires intérieures,
- » Ville de Dudelange,
- » Ville d’Esch-sur-Alzette,
- » Ville de Luxembourg,
- » Ville de Differdange.

Als nationale Plattform für Stadtpolitik konzentriert sich die CIPU im Jahr 2023 auf die Themen „Funktionsmischung in der Stadt“ und „Energiekonzepte im Städtebau“.

Weitere Informationen auf: www.cipu.lu sowie auf Facebook (www.facebook.com/CIPUlux).

**Dokumentation des Workshops „Die produktive Stadt“
am 18. Oktober 2023.**

Autoren: Zeyen+Baumann (Lex Faber, Marie Sauerhöfer) und Spatial Foresight (Kirsti Hagemann) für das CIPU-Büro

Layout: Zeyen+Baumann

Fotos vom Workshop im Bericht: Ville de Luxembourg (2023)

Februar 2024

Die **Cellule nationale d'Information pour la Politique Urbaine (CIPU)** beschäftigte sich 2023 schwerpunktmäßig mit den Themen „Energiekonzepte im Städtebau“ sowie „Funktionsmischung in der Stadt“. Das Thema „Energiekonzepte“ wurde vorwiegend im Rahmen der Online-Vortagsreihe „CIPU Colloque (2023)“ im Mai und Juni behandelt. Die thematischen Workshops sowie die diesjährige Exkursion beschäftigten sich näher mit der „Funktionsmischung in der Stadt“. Die in diesen Kontexten erlangten Erkenntnisse und Diskussionen wurden anschließend in einer Abschlusskonferenz am 8. Dezember 2023 vorgestellt. Ziel des Themenjahres und insbesondere der beiden Workshops war es, gemeinsam mit luxemburgischen Gemeinden und Städten Handlungsempfehlungen zur Förderung von Mischnutzung in der Stadtplanung bzw. in städtebaulichen Projekten zu formulieren.

Der zweite CIPU-Workshop in diesem Jahr fand am 18. Oktober 2023 in der ehemaligen Feuerwehrkaserne in der Stadt Luxemburg statt. Der thematische Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf der Integration von produktiven Funktionen in Wohnquartiere. Insgesamt waren rund 40 Teilnehmende anwesend, die ihr Wissen und ihre Erfahrung aus ihrem Arbeitsalltag in den Gemeinden, Entwicklungsgesellschaften und staatlichen Verwaltungen und Ministerien mit in die Diskussionen eingebracht haben.

Der Nachmittag begann mit einführenden Präsentationen durch die Stadt Luxembourg und die *Chambre des Métiers*. Dabei ging es unter anderem um das Projekt *Schluechthaus* in Hollerich und die Entwicklung des Geländes rund um die

Feuerwehrkaserne und des ehemaligen Stadions. Der Fokus lag dabei auf den technischen Umbauarbeiten an der Kaserne und dem alten *Schluechthaus*, um die Gebäude für Zwischennutzungen an die geltenden Sicherheitsvorschriften für öffentliche Gebäude aufzurüsten. Die dritte Präsentation behandelte die Umfrageergebnisse der *Chambre des Métiers* in Bezug auf die Grundstücksbedarfe der Handwerksbetriebe im Land (2020).

Den Auftakt des Workshopteils bildete eine einführende Präsentation mit Rückblick auf den vorhergehenden thematischen Workshop im Juni und die Exkursion nach Brüssel im August. Anschließend wurden die Aufgabenstellungen der drei Diskussionstische eingeführt.

Es folgte eine Phase der Gruppenarbeit, in der alle Teilnehmenden einer Diskussionsgruppe zugeteilt wurden, die sich jeweils mit verschiedenen Aspekten zur Umsetzung der produktiven Stadt befassen. Die Ergebnisse der Diskussionen werden in dieser Dokumentation näher erläutert.

In einer abschließenden Plenumsrunde wurden die Hauptdiskussionspunkte der drei Diskussionsgruppen vorgestellt. Im Fazit werden unter anderem die übergeordneten Schlüsse aus den verschiedenen Diskussionsgruppen zusammengefasst.





**Dokumentation des CIPU-Workshops am
18. Oktober 2023 in Luxemburg-Stadt**

Einleitung

Der Fokus dieses zweiten CIPU-Workshops zum übergeordneten Thema „Funktionsmischung“ lag auf der Integration von Handwerk und produktiven Funktionen in städtische Gebiete. Dieses Thema hat sich im Rahmen der Diskussionen des ersten CIPU-Workshops im Juni 2023 als bedeutsam und weiter untersuchenswert herauskristallisiert. Denn es sind gerade diese Funktionen, die aktuell zunehmend aus städtischen Bereichen verdrängt werden. Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass Wohn- und Büronutzungen lukrativer sind und weil produzierende Unternehmen innerhalb von Quartieren aufgrund verschiedener Emissionen als Störfaktoren wahrgenommen werden. Gleichzeitig sind Handwerk und produktive Funktionen ein bedeutender Bestandteil von städtischen und regionalen Wirtschaftskreisläufen, bieten Arbeitsplätze und sind Grundlage für eine nachhaltige Entwicklung von Städten. Historisch gesehen gehören sie ebenfalls zum urbanen Leben dazu. Auf internationaler Ebene bestehen bereits vielfältige Beispiele für eine erfolgreiche (Re-)Integration von solchen Nutzungen und Unternehmen in städtische Quartiere.

Die bereits genannte Flächenbedarfsstudie der *Chambre des Métiers* von 2020 bestätigt die zuvor genannten Aussagen und Trends in Bezug auf die aktuellen Herausforderungen von Handwerksbetrieben. Die Ergebnisse der Studie geben unter

anderem Auskunft über die Grundstücksbedarfe von Handwerksbetrieben und zeigen auf, dass der Hauptgrund für Unternehmensverlagerungen Platzmangel am aktuellen Standort ist. Die Suche gestaltet sich schwierig aufgrund eines unzureichenden Grundstücksangebots, wobei hohe Preise als häufigstes Hindernis genannt werden. Insgesamt haben 198 betroffene Unternehmen mit über 5.000 Beschäftigten an der Umfrage teilgenommen. Für diese besteht ein aktueller Gesamtgrundstücksbedarf von rund 73 Hektar. Die am stärksten nachgefragten Regionen sind dabei Nord, Esch/Alzette und Luxemburg, wobei die geografische Verteilung des Bedarfs ausgeglichener ist als in den Jahren/Umfragen zuvor. Insbesondere Bauunternehmen leiden unter einem akuten Mangel an geeigneten Standorten, was die wirtschaftliche Entwicklung und ihre Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigen kann.

Ziel dieses Workshops war es, verschiedene Ansätze zur Förderung einer Mischung zwischen Handwerk und Wohnnutzung in Luxemburg näher und aus drei Perspektiven zu betrachten. Hierfür wurden die Teilnehmenden in drei Diskussionsgruppen aufgeteilt, die die folgenden Fragestellungen behandelten:

Entwicklungsstrategie

- » Wie sollte eine Gemeinde vorgehen, um Handwerk und Produktion in der Stadt zu fördern?
- » Wie können landesplanerische Ziele bzgl. Produktion / Handwerk im spezifischen Kontext einer Gemeinde umgesetzt werden?

Technische Umsetzung

- » Wie kann Handwerk und Produktion in gemischten Quartieren und Gebäuden realisiert werden?
- » Welche technischen und reglementarischen Herausforderungen sind dabei zu beachten?

Reglementarische Umsetzung

- » Welche Anpassungen sind an den bestehenden Instrumenten der Kommunalplanung erforderlich um Mischnutzung, Produktion und Handwerk in den städtischen Gemeinden zu fördern?
- » Wie groß ist der Freiraum der Gemeinden ihre Règlements anzupassen bzw. welche Anpassungen sind auf nationaler Ebene (Gesetz, RGD) erforderlich?

Im Folgenden werden die Diskussionsergebnisse der drei Arbeitsgruppen vorgestellt.

GRUPPE 1. Entwicklungsstrategie

Die Diskussion der Gruppe 1 zielte darauf ab, eine Entwicklungsstrategie für die Umsetzung des Konzepts „Produktive Stadt“ zu erarbeiten. Die Aufgabe bestand darin, eine Vorgehensweise für Gemeinden zu entwickeln, um landesplanerische Ziele umzusetzen und die notwendige Unterstützung und Rollenverteilung zu klären.

In der Diskussion wurde schnell deutlich, dass für die erfolgreiche Erarbeitung von kommunalen Strategien zunächst auf nationaler Ebene gehandelt werden muss, um die erforderlichen Voraussetzungen für die kommunale Ebene zu schaffen. Aus diesem Grund wird im Folgenden viel auf Ansatzpunkte auf der nationalen Ebene und eine nationale Strategie eingegangen. Die in der Gruppe diskutierte nationale Strategie dient dann als Anleitung für die Entwicklung von kommunalen Aktionsplänen und deren Umsetzung in den Gemeinden.

Ziel

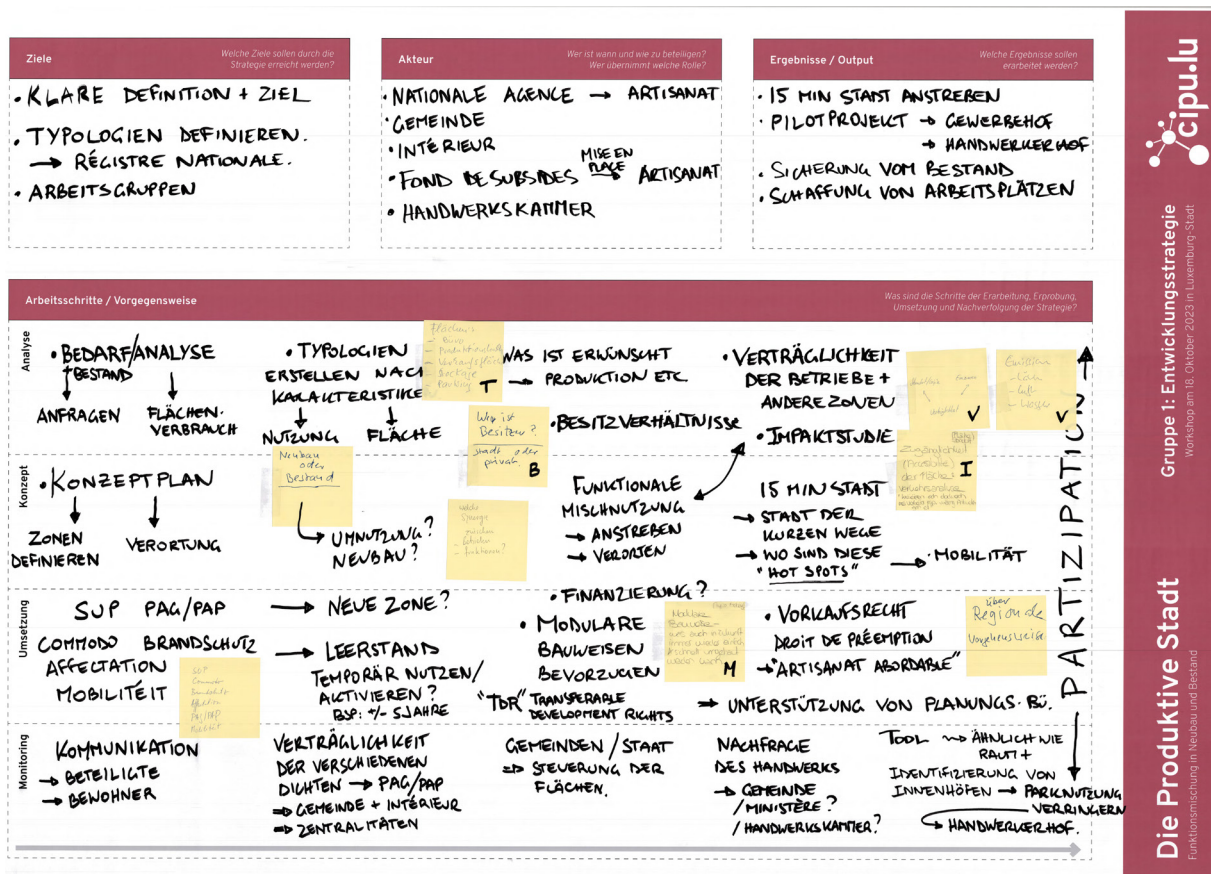
Übergeordnetes Ziel einer solchen Strategie ist es, Rahmenbedingungen, Anleitung und Instrumente für die Gemeinden zu schaffen, die sie dazu befähigen handwerkliche Betriebe im städtischen Raum sinnvoll zu integrieren, also eine Produktive Stadt zu fördern. Die angestrebte Funktionsmischung steht im Einklang mit dem Konzept der „15-Minuten Stadt“ und dem Ziel, Handwerksbetriebe und

damit Arbeitsplätze in unmittelbarer Nähe bereit zu stellen und somit Wege zu verkürzen. Dies fördert nicht nur die lokale Wirtschaft, sondern trägt auch zur Reduzierung von Verkehrsbelastungen und Umweltauswirkungen bei.

Nationale Ebene

Die **Einrichtung einer sektorübergreifenden Arbeitsgruppe** (Produktive Stadt) auf nationaler Ebene, bestehend aus Vertreter*innen der Landesplanung, des Wirtschafts- und Innenministeriums sowie der *Chambre des Métiers* fördert die Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen verschiedenen Interessengruppen und Institutionen. Dadurch wird sichergestellt, dass verschiedene

Perspektiven und Fachkenntnisse vertreten sind. Sie begleitet und koordiniert die Erstellung der nationalen Strategie, verwaltet die Datenbanken, schafft Instrumente und Handlungsmöglichkeiten sowie überwacht die Umsetzung der Aktionspläne auf kommunaler Ebene. Die zentrale Koordination gewährleistet ausreichend Handlungsspielraum für die Kommunen sowie klar verteilte Verantwort-



lichkeiten. Die Arbeitsgruppe spielt außerdem eine zentrale Rolle bei der Koordination und Umsetzung der Maßnahmen auf kommunaler Ebene.

Außerdem ist die Einrichtung eines Förderfonds auf nationaler Ebene vorgesehen. Dieser Fonds soll finanzielle Unterstützung für die Umsetzung der Strategie bereitstellen und wird durch die Arbeitsgruppe verwaltet.

Eine nationale Strategie für die Produktive Stadt dient einerseits der allgemeinen Zielsetzung und andererseits als Hilfestellung für die Gemeinden. Sie soll die Entwicklung von kommunalen Aktionsplänen unterstützen und Vorgaben zum Entwickeln der Pläne bieten. Sie dient außerdem als Anleitung zum Erstellen der Bestands- und Bedarfsanalysen. Des Weiteren identifiziert sie Instrumente und nötige reglementarische Anpassungen zur Umsetzung, um den Gemeinden Handlungsspielraum zu verschaffen.

Die **Erstellung einer zentralen Datenbank von handwerklichen Betrieben und potenziellen Flächen für Funktionsmischung** erleichtert das sinnvolle Ansiedeln entsprechend den Bedarfen der Betriebe und der Flächenverfügbarkeit in den Gemeinden. Das Register wird national betrieben und verwaltet und durch Informationen von den Gemeinden (Ergebnisse der Bestands- und Bedarfsanalyse) gefüttert. Die Datenbank wird stetig aktualisiert und ist abrufbar für die Gemeinden, um einen interkommunalen Austausch und das Ansiedeln von Betrieben aus anderen Gemeinden zu ermöglichen. Das nationale Handwerksregister stellt eine umfassende Datenbank dar, in dem alle bestehenden Handwerks- und Produktionsbetriebe sowie potenzielle Flächen zur Funktionsmischung typologisiert gelistet sind. Durch diese einheitlichen Register können Bedarfe, Bestand und potenzielle Flächen abgeglichen werden und die Gemeinden besser miteinander kooperieren.

Kommunale Ebene

Die Analyse von potenziellen Flächen und bestehenden handwerklichen Betrieben wird durch die Gemeinden durchgeführt. Diese Phase soll mittels einer breiten Beteiligung verschiedener Akteure erfolgen und wird durch die nationale Strategie angeleitet. Die Ergebnisse dieser Analyse fließen in die nationale Datenbank ein.

Der Analyseprozess beginnt mit der Bestandsanalyse, bei der einerseits vorhandene und potenzielle Flächen identifiziert und typologisiert werden. Die Erstellung dieser Typologien basiert auf den Charakteristika der Flächen, wie ihrer bisherigen Nutzung, Besitzverhältnisse, Art der Flächen und Zugänglichkeit. Dies ermöglicht es, klare Kategorien von Flächen zu definieren, die für die funktionale Mischung geeignet sind. Gleichzeitig werden die vorhandenen handwerklichen und produzierenden Unternehmen nach verschiedenen Typen kategorisiert. Diese Typologien können auf verschiedenen Aspekten beruhen, wie die Art des Betriebs, seine Größe, Standort und die Art der Produkte oder Dienstleistungen. Basierend darauf werden in der Bedarfsanalyse die Anforderungen von Handwerks-

und Produktionsbetrieben an den Raum analysiert. Im dritten Schritt, der Wirkungsstudie, werden die Auswirkungen dieser Betriebe auf die Flächen und die Umwelt bewertet, um eine größtmögliche Verträglichkeit zu gewährleisten.

Dies ermöglicht den Gemeinden auf ihrem Territorium potenzielle Flächen zu identifizieren, auf denen gemischte Funktionen bzw. Handwerksbetriebe gemeinsam mit anderen Nutzungen untergebracht werden könnten. Die Ergebnisse dieser Analysen werden in die nationale Datenbank übertragen und stetig aktualisiert.

Die Entwicklung der lokalen Aktionspläne verläuft einheitlich und entsprechend den Vorgaben der nationalen Strategie. Dabei werden lokale Bedürfnisse und die Ergebnisse der Analyse berücksichtigt. Dafür sind in einem ersten Schritt klare Ziele und der Zweck des Plans zu definieren. Dies beinhaltet die Identifikation der angestrebten Formen sowie die Definition des möglichen Grades von Funktionsmischung in Anbetracht der verschiedenen Anforderungen unterschiedlicher Branchen



und den Charakteristika der jeweiligen Gemeinde. Dafür werden Überschneidungen zwischen dem Bestand und den Bedarfen aus der vorangegangenen Analyse identifiziert und mit dem nationalen Register abgeglichen, um geeignete Flächen für (suchende) Betriebe zu identifizieren und Synergien zwischen den Betrieben zu schaffen. Die Identifizierung von „Hot Spots“ ermöglicht die gezielte Planung von Bereichen, die Arbeitsplätze, Anbindung, Angebote und Daseinsvorsorge in sich vereinen. Die Ziele sollten im Einklang mit dem allgemeinen politischen Kontext und den lokalen Gegebenheiten stehen. Die Entscheidung zwischen Umnutzung oder Neubau hängt von den jeweiligen Bedingungen vor Ort ab. Finanzierungsmöglichkeiten, einschließlich öffentlicher Fördermittel und privater Investitionen, werden ebenfalls spätestens bei der Konzepterstellung berücksichtigt.

Die Umsetzung von Pilotprojekten, wie Gewerbe- und Handwerkerhöfen ermöglicht es, neue Formate und Bedürfnisse zu testen und zu zeigen, wie das Konzept der funktionalen Mischung in der Praxis funktionieren kann. Diese Projekte dienen als Leuchttürme und zeigen anderen Gemeinden, wie sie ähnliche Initiativen umsetzen können. Die Sicher-

ung des bestehenden Handwerks und die Schaffung von Arbeitsplätzen sind grundlegende Ziele, die die lokale Wirtschaft stärken und die Lebensqualität der Bürger*innen steigern sollen.

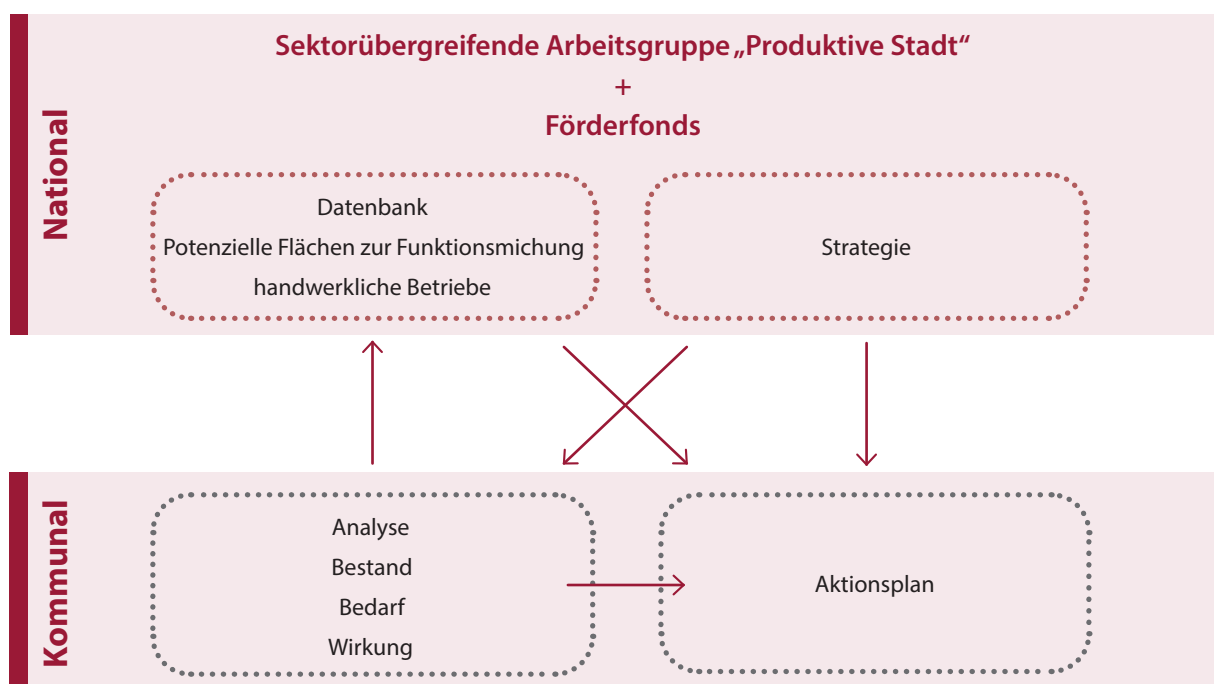
Die Umsetzung des Aktionsplans erfordert die Anwendung verschiedener Instrumente, die u.a. in der nationalen Strategie vorgegeben und ggf. durch die Arbeitsgruppe angepasst werden. Darunter fallen bspw. die Strategische Umweltprüfung (SUP), Commodo (Nutzungsbewilligung), Brandschutzmaßnahmen, Affectation (Zuweisung von Nutzungen), Mobilitätspläne und mehr. Auf reglementarischer Ebene (PAG und PAP QE) werden neue Zonen definiert, gegebenenfalls durch neue Zonentypen ergänzt, um die funktionale Mischung zu ermöglichen (Beispiel Identifikation von (potenziellen) Hot Spots). Leerstände werden temporär genutzt und für begrenzte Zeiträume festgelegt, um Flexibilität und Anpassungsfähigkeit zu gewährleisten. Modulare Bauweisen werden bevorzugt, um eine schnelle und flexible Umnutzung und Anpassung an andere Bedarfe zu ermöglichen. Das Vorkaufsrecht kann genutzt werden, um erschwingliches Handwerk und Kunsthandwerk zu fördern.



Monitoring

Das Monitoring ist ein kontinuierlicher Prozess, der sicherstellt, dass die Ziele der Strategie erreicht und Anpassungen vorgenommen werden, wenn dies erforderlich ist. Dabei spielen die kommunale sowie die nationale Ebene eine zentrale Rolle. Um diese Anpassungen gezielt vornehmen zu können, muss die ständige Überprüfung der Verträglichkeit der verschiedenen Dichten, wie sie in den PAG (Plan d'Aménagement Général) und PAP (Plan d'Aménagement Particulier) festgelegt sind, gewährleistet werden, um sicherzustellen, dass die Entwicklung im Einklang mit den Zielen steht. Die Gemeinden und das Innenministerium spielen eine zentrale Rolle bei der Steuerung der Flächen unter Berücksichtigung der Nachfrage des Handwerks. Die Kommunikation und der stete Austausch mit den Beteiligten und Anwohner*innen sind entscheidend, um die Akzeptanz und Unterstützung für die Strategie sicherzustellen und Bedenken oder Anregungen zu berücksichtigen.

Zusammenfassend zielt diese umfassende Strategie darauf ab, die Produktivität, Lebensqualität und Nachhaltigkeit in der Stadt zu fördern, indem sie Handwerk und Produktion in das urbane Gewebe integriert. Durch die koordinierte Zusammenarbeit aller relevanten Akteur*innen auf verschiedenen Ebenen sowie eine sorgfältige Planung und Ausführung der beschriebenen Schritte wird die Integration im Gemeindekontext ermöglicht.





GRUPPE 2. Technische Umsetzung

Im Rahmen der Gruppenarbeit wurden zwei Projekte der „produktiven Stadt“ analysiert. Ziel war es Vorschläge zu erarbeiten, wie diese Projekte im aktuellen reglementarischen Kontext umgesetzt werden können. Dabei wurde die Diskussion auf Grundlage von zwei Beispielprojekten geführt, um die Möglichkeiten zur Realisierung von Handwerk und Produktion in gemischten Quartieren und Gebäuden zu betrachten. Im Folgenden werden die beiden Beispiele vorgestellt. Anschließend folgen die im Rahmen der Diskussion herausgearbeiteten Herausforderungen und Lösungsvorschläge.

Fall #1: Produktives Erdgeschoss

Ein Erdgeschoss in einem Mehrfamilienhausblock in städtischer Lage. Die 2.600 m² Fläche (exkl. Showroom) sollen, in kleinere flexible Module unterteilt und an verschiedene Mieter vergeben werden. Auf dem Sockel des produktiven Erdgeschosses befinden sich drei Wohnblöcke, die über einen Gemeinschaftsbereich erschlossen sind.

Herausforderungen:

- » Zum Zeitpunkt der Konzeption sind die künftigen Nutzer noch nicht bekannt.
- » Das Erdgeschoss soll möglichst flexibel und anpassungsfähig sein.
- » Kompatibilität des Wohnens mit verschiedenen potenziellen Nutzungen?
- » "worst-case"-Ansatz der Nutzungen: Effizienz der Gebäudeplanung? Geschäftsmodell?
- » Technische / Reglementarische Begleitung der künftigen Mieter?

Fall #2: Produktion im Quartier

Denkmalgeschützte ehemalige Industriehallen in städtischer Lage. Die 2-3 ha großen Hallen sollen über ein flexibles "box-in-a-box"-Konzept für produktive Nutzungen zur Verfügung gestellt werden. Dabei geht es einerseits um die Lagerung und die Bearbeitung von Ressourcen und andererseits um produktive und handwerkliche Aktivitäten. Die Nutzung der Hallen soll im Rahmen der Umsetzung des Projektes "mitwachsen".

Herausforderungen:

- » Zum Zeitpunkt der Konzeption sind die künftigen Nutzer noch nicht bekannt.
- » Kompatibilität mit anderen Nutzungen (Lycée, Wohnen, öffentlicher Raum) im Umfeld?
- » Kompatibilität mit Erhalt der Halle / Denkmalschutz?
- » Operationelles Konzept? Begleitung der Mieter / Nutzer?

Fall #1: Produktives Erdgeschoss

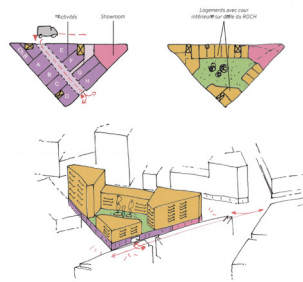
Erdgeschoss in einem Mehrfamilienhausblock in städtischer Lage.

Die 2.600 m² Fläche (exkl. Showroom) sollen in kleinere flexible Module unterteilt, an verschiedene Mieter vergeben werden.

Auf dem Sockel des produktiven Erdgeschosses befinden sich drei Wohnblöcke, welche über einen Gemeinschaftsbereich erschlossen sind.

Herausforderungen:

- » Zum Zeitpunkt der Konzeption sind die künftigen Nutzer noch nicht bekannt.
- » Das Erdgeschoss soll möglichst flexibel und anpassungsfähig sein.
- » Kompatibilität des Wohnens mit verschiedenen potenziellen Nutzungen?
- » "worst-case"-Ansatz der Nutzungen: Effizienz der Gebäudeplanung? Geschäftsmodell?
- » Technische / Reglementarische Begleitung der künftigen Mieter?

**Fall #2: Produktion im Quartier**

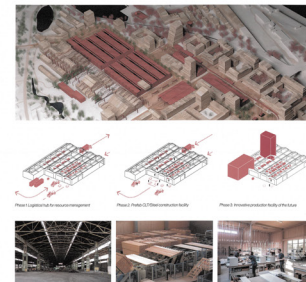
Denkmalgeschützte ehemalige Industriehallen in städtischer Lage.

Die 2-3 ha großen Hallen soll über ein flexibles "box-in-a-box"-Konzept für produktive Nutzungen zur Verfügung gestellt werden. Dabei geht es einerseits um die Lagerung und die Bearbeitung von Ressourcen und andererseits um produktive und handwerkliche Aktivitäten.

Die Nutzung der Hallen soll im Rahmen der Umsetzung des Projektes "mitwachsen".

Herausforderungen:

- » Zum Zeitpunkt der Konzeption sind die künftigen Nutzer noch nicht bekannt.
- » Kompatibilität mit anderen Nutzungen (Läden, Wohnen, öffentlicher Raum) im Umfeld?
- » Kompatibilität mit Erhalt der Halle / Denkmalschutz?
- » Operationelles Konzept? Begleitung der Mieter / Nutzer?



Problem	Lösungsvorschlag	Zuständigkeit	Problem	Lösungsvorschlag	Zuständigkeit
Porteur du projet? - manque de visibilité - aspect financier	- réseau spécifique? - mixité? - coproductivité? - exemple 1535° Technoport Hortimarket	?	Portage?	- séparé comme ZAE? - commune? - privé? double	idem
Logistique / Accès? à l'extérieur	- circulation à l'intérieur - solution "autonome"		Trafic & accessibilité pompiers	- exempt	
Suppositions de fonctions et nuisances?	- le bâtiment ouvre le cadre pour les utilisations - veut la situation à l'extérieur - étage sup. au tout que temps + besoins locaux - complexité mixage?		Stabilité des halls à l'extérieur au - programme local	- compatibles? - gestion globale	
Demande / Attractivité de l'offre?	- évolutivité? - potentialité d'agrandissement? - plus une offre de petits ateliers/petit artisans - coûts? charges?		Demande	- coûts murs? de charges - espaces réservés? - questions temporelles? - rotation à l'extérieur	
Parkings Log. courtoisie / charges?	- limiter le scope de la demande - livraison interne		Flexibilité	- Box-in-a-box - programmation	
Flexibilité de la programmation	- limiter le scope d'aménagement - flexibilité de conception - lien entre les capacités & demande	Programmer la limite / définir le scope	Phase	- Phase finale	
Suppositions de contraintes p.ex. locaux techniques	- solutions architecturales - besoins spécifiques à prévoir pour l'extérieur - flexibilité de la construction		Attractivité	- Zonage de programmation de programmation élargie plus détaillée (p.ex. plusieurs focus)	
Programmation adaptée? Concept à développer Ce PROGRAMME?	- articuler deux conditions (réhabilitation des locaux...) - orthopédies - tout ce qui est division plus de showroom & atelier - éviter le doublement (space + restaurant)				



Gruppe 2: Technische Umsetzung
Workshop am 16. Oktober 2023 in Luxemburg-Stadt

Die Produktive Stadt
Funktionsmischung in Neubau und Bestand

Herausforderungen und Lösungsvorschläge

Träger für städtische Handwerkerhöfe

Problem » Bei den laufenden Projekten ist derzeit noch unklar, welche Träger den Bau, die Finanzierung, die Vermietung und die Verwaltung von diesen Angeboten übernehmen werden. Hier fehlt es an einer entsprechenden öffentlichen oder privaten Struktur.

Lösungsvorschlag » Für diese Fragestellung ist eine Lösung auf nationaler Ebene zu suchen und

ggf. ein spezifisches Modell mit privaten Akteuren oder ein neuer öffentlicher Akteur zu identifizieren. Als Beispiele hierfür können das 1535° in Differdange, das Technoport in Belval / Foetz, geplante / bestehende Handwerkerhöfe sowie von Gemeinden oder interkommunalen Syndikaten betriebene Zones d'Activités herangezogen werden.

Nachfrage / Attraktivität des Angebotes

Problem » Auch wenn eine hohe Nachfrage an Flächen für produktive Nutzungen besteht, sind die vorgeschlagenen Modelle in Luxemburg neu und es ist ungewiss, inwiefern die Unternehmen diese nachfragen. Dies ist vor allem auch eine Kostenfrage. Hinzu kommt die eingeschränkte Verfügbarkeit von Parkplätzen und Lagerflächen in städtischen Lagen.

Lösungsvorschlag » Die angebotenen Flächen / Module müssen eine gewisse Flexibilität für unterschiedliche Nutzungen aufweisen und auch Möglichkeiten zur Vergrößerung der Betriebe bieten (z.B. durch Verbindung von zwei Modulen). Darüber hinaus bietet sich das Modell für kleinere Betriebe / Start-Ups oder Zweigstellen (z.B. zur Montage vor Ort) von größeren Strukturen an.

Erschließung, Anlieferung und Feuerwehr

Problem » Produktive Funktionen im städtischen Raum stellen eine Herausforderung für die Erschließung, die Anlieferung sowie die Zugänglichkeit für die Feuerwehr dar. Je nach Aktivitäten entstehen ggf. auch Verkehrsflüsse oder Störungen durch Anlieferung welche ggf. Konflikte mit anderen Nutzungen (v.a. Wohnen) auslösen können.

Lösungsvorschlag » Die allgemeine Erschließung betreffend, sind städtebauliche Lösungen zu suchen – wobei hierfür auch die Auswahl des Standortes von Bedeutung ist (ggf. können solche Angebote nicht überall realisiert werden). Die Er-

schließung einzelner Module für den Brandschutz sowie zum Umgang mit Störungen betreffend, sind Konzepte im Innern der Gebäude (wie in Fall #1 dargestellt) zu entwickeln.

Besonderheit von Fall #2 » Die Stabilität der bestehenden / geschützten Hallen muss untersucht werden, vor Allem wenn es auch um die Lagerung / Fertigung von Holzprodukten geht (Brandschutz). In diesem Falle ist die Unterteilung in Brandabschnitte und eine Gesamtverwaltung der Flächen erforderlich.

Überlagerung von Funktionen

Problem » Die Überlagerung / Stapelung von unterschiedlichen Funktionen (hier Produktion, Büro und Wohnen) erfordert Maßnahmen in Bezug auf Lärm, Vibrationen und Gerüche sowie für den Brandschutz (compartimentage).

Lösungsvorschlag » Die Lage sowie das Konzept eines Gebäudes definieren den Rahmen für die Nutzungen welche darin vorgesehen werden können. Die Überlagerung an sich ist rein regulatorisch gesehen nicht unmöglich, bedarf aber eine frühzeitige Integration dieser Belange in der

Architektur. Dabei sollten in der baulichen Hülle nach Möglichkeit gewisse Margen vorgesehen werden, um eine Flexibilität in der zukünftigen Nutzung zu ermöglichen.

Besonderheit von Fall #1 » Im Falle dieses Projektes bietet es sich an ein zusätzliches Geschoss als Puffer zwischen den produktiven Nutzungen und den Wohnungen vorzusehen, welches z.B. für als Büroflächen genutzt werden könnte.



Überlagerung von Einschränkungen

Problem » Neben den Anforderungen durch Brandschutz und Commodo/Incommodo gibt es eine Vielzahl von kommunalen Anforderungen an Gebäude mit wirtschaftlichen Aktivitäten, darunter z.B. technische Lokale, Müllräume, Fahrradkeller usw.

Lösungsvorschlag » Für die Überlagerung der unterschiedlichen kommunalen und nationalen Anforderungen sind architektonische Lösungen zu suchen. Die Baufelder der Projekte müssen, im Zusammenspiel mit dem Nutzungskonzept, so dimensioniert sein, dass entsprechende Lösun-

gen umgesetzt werden können.

Besonderheit von Fall #1 » Ausschlaggebend wird für diese Konstellation eine ausreichende Höhe des produktiven Erdgeschosses sein. Hierbei riskiert die sich aus der Anwendung der städtebaulichen Dichten (sowie bei gleichzeitiger Flächenmaximierung) ergebende Höhe von 5 m nicht ausreichend zu sein. Zur Unterstützung dieser Art von Projekten sollten entsprechende Höhen erlaubt und über entsprechende Vorgaben zur maximalen Geschossfläche gefördert werden.

Städtebauliche Integration und Attraktivität

Problem » Produktive Funktionen bieten, neben den Zielen der Nutzungsmischung, ein gewisses Potenzial Erdgeschosse zu beleben und zu aktivieren. Dabei sind allerdings nicht bei allen Nutzungstypen besonders attraktiv oder kompatibel mit den Anforderungen an ein aktives Erdgeschoss.

Lösungsvorschlag » Auf Ebene der Gebäude können hierfür Lösungen gefunden werden, z.B. in den Showrooms oder andere Aktivitäten (auch Produktion) als Vitrine im Erdgeschoss angeord-

net werden, und andere Teilnutzungen (wie z.B. Lager) im Kern der Gebäude oder Büros im 1. Obergeschoss.

Besonderheit von Fall #2 » In diesem Szenario bietet sich eine Zonierung der Programmierung an, auch um Synergien zwischen unterschiedlichen Nutzungen zu schaffen. Dabei wäre es denkbar ein gemeinsames Lager im Kern der Hallen anzulegen und die einzelnen Module mit Aktivitäten um diesen Kern gruppiert und entlang der Außenfassaden anzusiedeln.



Flexibilität

Problem » Die technischen Herausforderungen sowie eine (noch) unbekannte Nachfrage erfordern eine Flexibilität der baulichen Hülle.

Lösungsvorschlag » Projektspezifisch die Zielgruppe einer Fläche (scope) auf bestimmte Typen von Aktivitäten begrenzen. Dies sollte aber explizit nicht auf Grund der Commodo/Incommodo-Nomenklatur erfolgen, da diese hierfür nicht geeignet ist. Innerhalb eines präzisieren / eingegrenzten Feldes möglicher Nutzungen können flexible Lösungen ermöglicht werden.

Besonderheit von Fall #2 » Das „box-in-a-box“-Prinzip bietet maximale Flexibilität bei der tatsächlichen späteren Nutzung der Hallen. Darüber hinaus ist die angedachte Phasierung der Nutzungen im Rahmen der Entwicklung eines städtebaulichen Projektes (z.B. Montage von Holzmodulen in der Bauphase des Viertels und spätere Weiterentwicklung mit anderen Nutzungen) förderlich für eine flexibles Nutzungskonzept.



Funktionsmischung & Flexibilität

Problem » Auch wenn es gelingt Flächen in vergleichbaren Projekten anzubieten, ist es auf Grund der finanziellen Anforderungen oder technischen Vorgaben nicht gesichert, dass sich hier auch Betriebe aus dem produktiven Handwerk niederlassen können.

Lösungsvorschlag » Für ein Projekt ist ein entsprechendes Nutzungskonzept zu entwickeln welches die möglichen Felder an Nutzungen eingrenzt. Dabei ist darauf zu achten das Konzept nicht ausschließlich auf Nutzungen abzielt welche auch in einem „normalen“ Erdgeschoss lokalisiert werden können.

Problem » Flächen für Handwerk und Produktion sind bereits in der Bauphase eines Quartiers interessant. Allerdings erfordern z.B. Betriebe des Baugewerbes vor allem Lagerflächen und Showrooms, und weniger Flächen für Produktion oder Weiterverarbeitung.

Lösungsvorschlag » Das Gebäude und das Konzept sollten eine Entwicklung der Nutzungen über die Zeit zulassen. Die lokale Nachfrage ist in der Bauphase eine andere als nach Abschluss der Bauarbeiten und das Angebot / die bauliche Hülle sollte hierfür Lösungen anbieten.

Schlussfolgerungen

Die Diskussion der beiden Fallbeispiele hat gezeigt, dass es sich bei diesen Angeboten einerseits um sehr relevante Potenziale für Handwerksbetriebe im städtischen Raum handelt und andererseits städtebaulich für die Funktionsmischung, Vermeidung von Wegen, Aktivierung von Erdgeschossen usw. sehr interessant sind.

Dabei sind bei beiden Beispielen folgende Herausforderungen besonders hervorzuheben:

- » Die Frage der Trägerschaft dieser Angebote muss geklärt werden. Entweder ist ein öffentlicher Akteur zu identifizieren oder es sind Modelle zu entwickeln, wie dies in Zusammenarbeit mit privaten Investoren realisiert werden kann.
- » Für ein Projekt ist ein spezifisches Nutzungskonzept (scope) zu entwickeln, welches die programmatischen Anforderungen an das Gebäude liefert und es ermöglicht innerhalb eines gewissen Rahmens flexible Lösungen anzubieten.

Die Flexibilität der baulichen Hülle ist ausschlaggebend für die Machbarkeit eines Projektes und seine Entwicklung über die Zeit. Städtebauliche Regeln müssen einerseits z.B. eine Überhöhung eines Erdgeschosses ermöglichen und andererseits müssen am Anfang eines Projektes gewisse Abstriche auf Seiten des Entwicklers gemacht werden (z.B. in Bezug auf die Maximierung der Flächen und die erforderliche Großzügigkeit der baulichen Hülle).

GRUPPE 3. PAG / PAP / RBVS

Im Rahmen der Diskussion der Gruppe 3 ging es darum, bestehende Hindernisse bzw. problematische Festsetzungen innerhalb der bestehenden kommunalen Reglements (PAG / PAP QE / RBVA) in Bezug auf die Umsetzung von einer Funktionsmischung zwischen Wohnen und Handwerk zu identifizieren und entsprechende Lösungsvorschläge abzuleiten sowie Zuständigkeiten zu definieren.

In der Diskussion wurde schnell deutlich, dass die Hindernisse und mögliche Lösungsansätze nicht nur in den kommunalen Reglements liegen, sondern dass aktuell viel grundlegendere Hemmnisse für die Mischung von Wohnen und Handwerk bestehen, die unter anderem auf der nationalen Ebene angegangen werden müssen. Eine dieser übergeordneten Herausforderungen für das Handwerk im urbanen Raum ist die aktuelle Flächenmarktsituation, welche sich auf die Lukrativität der verschiedenen Funktionen auswirkt. Mit Wohn- und Büronutzungen lassen sich höhere Renditen erzielen als mit Handwerksnutzungen. Dies führt zu einer Verdrängung dieser Nutzungen in die urbanen Randgebiete bzw. den ländlichen Raum.

Instrument	Hindernis Welche Art von Festsetzungen befinden sich in der Verordnung? Ist dies problematisch?	Lösungsvorschlag Wie könnte dieses Hindernis beseitigt werden?	Zuständigkeit Auf welcher Ebene (national, kommunal) sind Anpassungen vorzunehmen?
PAG	- Aktuelle PAG Zonen zielen noch stark auf Funktionstrennung hin. - Vorgaben zu Parkplätzen.	- geringer dichte / mixte Funktions - neue PAG Zone - mögliche Derogation bei Vorlegung eines Mobilitätskonzepts im PAP - Präferenzen in welchem Instrument Stoffplatzstandard regeln + maximum einfügen - (mögliche Derogation) bei Vorlegung eines Nutzungskonzepts im PAP (zwingend)	- nationale Ebene
PAP NQ / QE		- Vorgaben zur Nutzungsverteilung - Nutzungskonzept: Gemeinde mitbestimmend	BEFORDERUNG IN BESTEHENDEN ZONEN (EXISTENZ) ANNEHMUNG DER ZONEN (EXISTENZ) SICHERUNG BESTEHENDER BESTEHENDEN MIT BESTEHENDEN STANDORT
RBVS			
Andere	- Definition Kategorie Handwerk fehlen - Handwerksnutzung weniger lukrativ - PSZAE lässt keine Wohnfunktion zu - keine Mitbestimmung der Gemeinden	- Kriterien definieren für Kompatibilität mit Wohnnutzung (z.B. Lärm, ...) - Consultation remunérée - PSZAE anpassen (muss klar sein dass) - Zusätzlich zu Priorisierungen PAG/PAP/RBVS mögliche Klärungen nach anderen Vorgaben entsprechen müssen (z.B. Baudeckungsplan) & definieren	



Gruppe 3: PAG / PAP / RBVS
Workshop am 18. Oktober 2023 in Lünenburg-Stadt

Die Produktive Stadt
Funktionsmischung in Neubau und Bestand

Hindernisse und Lösungsvorschläge

PAG / Zonen

Hindernis » Die aktuell bestehenden PAG-Zonen, so wie sie auch im entsprechenden Règlement Grand-Ducal definiert sind, zielen stark auf eine Funktionstrennung ab. Obwohl die Gemeinden die Möglichkeit haben, die Zonen in ihrem PAG entsprechend der lokalen Gegebenheiten anzupassen bzw. zu spezifizieren, wird der funktionstrennende Aspekt der verschiedenen Zonen häufig übernommen.

Lösungsvorschlag und Verantwortlichkeit »

Auf nationaler Ebene sind Änderungen an dem Règlement Grand-Ducal vorzunehmen, welches als Grundlage für die kommunalen Flächennutzungspläne dient. Hier ist unter anderem eine bzw. mehrere spezifische Zonen vorzusehen, in denen verschiedene Mischungsverhältnisse zwischen Handwerk und Wohnen umgesetzt bzw. erlaubt werden können. Dabei müssen diese neuen Zonen auf eine einheitliche Definition von Handwerk bzw. Handwerkstypen zurückgreifen

können (siehe Punkt „Definition von Handwerk“). Auf kommunaler Ebene sind diese Zonen dann anzuwenden bzw. die bestehenden Möglichkeiten der bestehenden Zonen auszuschöpfen, indem höhere Dichten und auch Funktionsmischung ausdrücklich zugelassen werden.

Dabei darf jedoch auch nicht außer Acht gelassen werden, dass es immer auch noch Zonen geben muss, in denen hohe Emissionen erlaubt sind, welche nicht mit Wohnnutzung oder anderen Nutzungen kompatibel sind. Gleichzeitig ist es wichtig, bestehenden Betrieben die Möglichkeit zu geben, an ihrem aktuellen Standort bestehen bleiben zu können und sie aufgrund von eventuell strengeren Vorgaben nicht zu verdrängen (Standortsicherung). Des Weiteren sollte eine Nachverdichtung von bestehenden Aktivitätszonen ermöglicht werden.

PAP NQ / QE

Hindernis » Es fehlt an geeigneten Instrumenten, Nutzungsmischung innerhalb von PAP QE und NQ angemessen zu reglementieren und festzusetzen sowie an Mitbestimmungsmöglichkeiten der Gemeinden im Rahmen von Projektumsetzungen.

Lösungsvorschlag und Verantwortlichkeit »

Neben spezifischen Zonen auf PAG-Ebene (siehe Punkt „PAG / Zone“) sind auch für die entsprechenden Zonen auf Ebene des PAP QE bzw. NQ entsprechende Vorgaben zu möglichen Nutzungsverteilungen zu machen bzw. je nach Zone maximal zulässige Flächengrößen je Nutzung festzulegen.

Die Gemeinde sollte aber nicht nur im Vorfeld, auf Ebene der Flächenausweisung, sondern auch im Rahmen der Projektumsetzung mitbestimmen

können, welche Art von Handwerk und wie Handwerk innerhalb eines Projektes umgesetzt wird. Hierfür sind „Consultations rémunérées“ im Rahmen der Projektentwicklung und der Ausarbeitung des Nutzungskonzeptes vorzusehen, für welche auch Vertreter der Gemeindeverwaltung oder -politik mit im Entscheidungsgremium vertreten sein sollten.

Des Weiteren muss klar sein, dass zusätzlich zu den Anforderungen, welche sich aus den kommunalen Instrumenten (PAG/PAP QE /RBVS) ergeben, mögliche Nutzungen auch noch anderen Vorgaben entsprechen müssen. Hierfür bietet es sich an, die Bautenkommission oder eine „Commission de vérification d’aptitude urbanistique“ einzubinden.

Stellplatzschlüssel

Hindernis » Ein weiteres Hindernis bilden die Stellplatzschlüssel, welche von den Gemeinden festgelegt werden. Häufig werden Mindestwerte pro Zone bzw. Nutzung festgelegt. Des Weiteren besteht gemeindeübergreifend auch keine Einheitlichkeit darin, in welchem Reglement die Stellplätze definiert werden.

Lösungsvorschlag und Verantwortlichkeit»

Zum einen ist auf nationaler Ebene zu prüfen und vorzugeben, in welchem Instrument/Règle-

ment der Stellplatzschlüssel sinnvollerweise vorzugeben ist, um eine gewisse Einheitlichkeit zu erlangen. Zum anderen sollte zukünftig vermehrt auf maximal Werte zur Regelung von Stellplätzen zurückgegriffen werden. Des Weiteren müssen konsequent Ausnahmen (Dérogations) vorgesehen werden, bei Vorlegen eines schlüssigen Mobilitätskonzeptes oder Nutzungskonzeptes im Rahmen eines PAP NQ.

Definition von Handwerk

Hindernis » Insgesamt fehlt es außerdem an einer einheitlichen nationalgültigen Definition von „Handwerk“, die sich in unterschiedlichen Kontexten anwenden lässt, insbesondere in der Stadt- und Raumplanung.

Lösungsvorschlag und Verantwortlichkeit »

Im Kontext der Stadt- und Raumplanung bedarf

es einer Definition von Handwerk bzw. Kategorisierung in verschiedene Handwerkstypen, die sich unter anderem auf Kriterien basiert, die etwas über die Kompatibilität mit Wohnnutzung aussagen (z.B. Lärmemissionen, Geruchsbelästigung...). Auf diese Definition(en) können sich dann wiederum die Zonendefinitionen im PAG basieren (siehe Punkt „PAG / Zonen“).



PSZAE

Hindernis » Auf nationaler Ebene lässt der „Plan directeur sectoriel « zones d’activités économiques »“ (PSZAE) keine Wohnnutzung zu.

Lösungsvorschlag und Verantwortlichkeit »

Dort, wo es innerhalb der PSZAE von der Funktionsmischung her möglich und urbanistisch ver-

tretbar ist, sollten auch Wohnnutzungen erlaubt und der PSZAE entsprechend angepasst werden

Schlussfolgerung

Abschließend lässt sich festhalten, dass die bestehenden Instrumente bereits Möglichkeiten zur Funktionsmischung zulassen, diese jedoch von den Gemeinden nicht genug ausgeschöpft werden. Zur weiteren Vereinfachung bzw. Förderung der Umsetzung von Funktionsmischung in den kommunalen *Règlements*, können auf nationaler Ebene weitere bzw. fördernde Anpassungen vorgenommen werden. Eine wichtige Grundlage hierfür bildet die Bildung von Handwerkskategorien und ihrer einheitlichen Definition in Bezug auf Kompatibilität mit Wohnnutzung bzw. anderen Funktionen.





Fazit

Die Präsentationen und Diskussionen des zweiten Workshops und die Auseinandersetzung mit der Produktiven Stadt aus den verschiedenen Perspektiven verdeutlichen, dass sowohl die Stadtentwicklung als auch handwerkliche Betriebe starkes Interesse an dieser Form der Mischnutzung haben. Des Weiteren gibt es bereits Instrumente und Möglichkeiten, um eine gewisse Mischnutzung in urbanen Gebieten umzusetzen. Gleichzeitig bestehen aber auch noch verschiedene technische und regulatorische Hemmnisse für eine vollumfängliche Umsetzung. Um diese weiter zu fördern und voranzutreiben, müssen die Instrumente jedoch auf allen Ebenen angepasst werden. Es gilt außerdem noch auszuarbeiten, in welchem Rahmen und an welchen Standorten dies in Luxemburg umsetzbar und erstrebenswert ist. Dies kann anhand einer Kategorisierung von Bedarf, Bestand und potenziellen Flächen sowie Betrieben erfolgen, wie in Gruppe 1 und 3 diskutiert wurde.

Die Gruppendiskussionen ergaben eine ganzheitliche Perspektive zur Förderung der funktionalen Mischung von Handwerk, Produktion und Wohnen in städtischen Gebieten. Gruppe 1 legte den Fokus auf die Notwendigkeit einer nationalen Stra-

tegie mit zentralisierten Registern, betonte die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren und skizzierte klare Schritte von der Analyse bis zur Umsetzung für eine „15-Minuten Stadt“. Gruppe 2 analysierte Beispielprojekte und identifizierte Herausforderungen für eine Umsetzung im luxemburgischen Kontext. Hierzu zählen Aspekte, wie die Trägerschaft und die städtebauliche Integration. Gleichzeitig wurden auch Lösungsvorschläge herausgearbeitet, die flexible Konzepte und klare Strukturen betonen. Gruppe 3 identifizierte nationale und kommunale Hindernisse in Bezug auf bestehende Reglementarien sowie entsprechende Lösungsmöglichkeiten. Dazu zählen unter anderem die fehlende Definition von Handwerk in einem städtebaulichen Kontext. Daraus ergibt sich der Bedarf von Handwerkskategorien und die Einführung spezifischer Zonen, in denen Handwerksnutzungen (bestimmter Kategorien) auf PAG-Ebene erlaubt sind. Insgesamt besteht Potenzial zur Funktionsmischung, erfordert jedoch integrierte nationale und kommunale Anpassungen für eine effektive Umsetzung.

Anhang

N°	Name	Organisation
1	Ahlborn, Anouk	Ville de Luxembourg
2	Astranskas, Véronique	Fonds Belval
3	Bahtijari, Begzada	Ministère de l'Intérieur
4	Bentz, Myriam	MEA DATer
5	Bettendorff, Christian	Ville d'Esch-sur-Alzette
6	Birsens, Joe	Ville d'Esch-sur-Alzette
7	Bousch, Patrick	LISER
8	Boquoi, Judith	SNHBM
9	Charpentier, Frédéric	Ville de Luxembourg
10	Constant, Sarah	Fonds du Logement
11	Conway, Caolan	Ville de Luxembourg
12	Cum, Vanessa	Ville de Luxembourg
13	Dondelinger, Norry	Chambre des Métiers
14	Feltgen, Tom	Ministère de l'Economie – DG classes moyennes
15	Fernandes Miguel	Fonds Kirchberg
16	Gengler, Sonja	Ville de Luxembourg
17	Hermes, Chantal	Ville d'Ettelbruck
18	Hoss, Manou	MEA DATer
19	Kaluza, André	Commune de Mersch
20	Krier, Sarah	MEA DATer
21	Lalueza, Elena	Ministère de l'Intérieur
22	Lieffring, Luc	AEV
23	Lies, Francine	Ville de Luxembourg
24	Mann, Christof	Ville de Luxembourg
25	Milani-Nia, Shaaf	Ville de Luxembourg
26	Muller, Maurice	Chambre des Métiers
27	Nordmo, Cathrin	Ministère du Logement
28	Reisdörfer, Benoît	Ministère de l'Économie
29	Schiltz, Catherine	Ville de Luxembourg
30	Schmit, Guy	ITM
31	Schreiber, Frank	CFUE
32	Schuman, Claude	Ministère de l'Intérieur
33	Scholtus, Gilles	Ministère de l'Economie – DG classes moyennes
34	Solazzi, Laurent	Ministère de l'Economie – DG classes moyennes
35	Spezzacatena, Michele	Ville de Luxembourg
36	Wagner, Daisy	Ville d'Esch-sur-Alzette
37	Wagner, Pol	Ville de Luxembourg
38	Wercollier, Lucio	Fonds Belval
39	Zdanowska, Natalia	LISER
Moderation		
40	Hagemann, Kirsti	Spatial Foresight
41	Faber, Lex	Zeyen+Baumann
42	Sauerhöfer, Marie	Zeyen+Baumann
43	Pappa, Pinelopi	Zeyen+Baumann

Informationen zu den Aktivitäten der CIPU sowie zur Aktualität der nationalen und europäischen Stadtpolitik finden sich auf:

- » **(Englischsprachiger) CIPU-Blog:**
www.blog.cipu.lu/blog
- » **Website:** www.site.cipu.lu
- » **Facebook:** www.facebook.com/CIPULux

- » **CIPU-Publikationen:**
<https://site.cipu.lu/index.php/base-documentaire>

- » **CIPU-Projektdatenblätter:**
<https://site.cipu.lu/index.php/project-library>

